Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich einmal, außer den 2. Feiertagen.
Bezugspreis: monatlich . . . 2.25 Mark, wöchentlich . . 0.55 Mark, für Abholer . 0.50 Mark.
Auch durch die Post zu beziehen. Preise freibleibend.
Redaktion: Fehlandstraße 11, erster Stock.
Fernsprecher: Elbe 1691/1693.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Bugdahn, Altona.
Buchhandlung: Erdgeschoß.
Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, erster Stock.

Hamburger Echo

Einzelverkaufspreis 15 ₰.

Anzeigenpreise verstehen sich in Goldmark: die 18gespaltene Petitzeile 40 Pfg. Private Familien-Anzeigen 20 Pfg., Stellenangebote 25 Pfennig, Stellengesuche 20 Pfg. Kleine Anzeigen bis 9 Zeil. die Zeile 20 Pfg., 10 b. 15 Zeil. 25 Pfg. Reklamezeile 3 Mk. Anzeigen müssen im voraus oder sofort bezahlt werden.
Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im ersten Stock (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 3 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Nr. 148. Sonnabend, den 30. Mai 1925. 39. Jahrgang.

Das sächsische Trauerspiel.

Von einem sächsischen Sozialdemokraten.

Dresden, 29. Mai.

Am Freitag nachmittag wurde im sächsischen Landtag die **Gemeindeordnungsnovelle in dritter Lesung mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien und der sozialdemokratischen Mehrheit angenommen** mit 67 gegen 23 Stimmen. Das von der sozialdemokratischen Minderheit eingebrachte **Mißtrauensvotum gegen den Innenminister Max Müller** wurde gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Minderheit und der Kommunisten **abgelehnt** mit 65 gegen 22 Stimmen. Auch die Deutschnationalen stimmten gegen das Mißtrauensvotum. Sie erklärten, daß sie damit dem Minister Müller kein Vertrauensvotum aussprechen wollen, aber daß sie sich die Begründung des Mißtrauensvotums nicht zu eigen machen könnten. Der Landtag wurde bis zum 9. Juni vertagt.

Seit dem Anfang des Jahres 1924 wird die sächsische Sozialdemokratie von einer Dauerkrise erschüttert. Zwischen der Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion auf der einen und der Minderheit der Fraktion und den Parteiinstanzen des Landes auf der andern Seite tobt ein scharfer Streit, der ursprünglich hervorgewachsen ist aus den Meinungsverschiedenheiten über die Stellung der Sozialdemokratie zur Koalitionsfrage. Es ist nicht möglich, in einem Zeitungsartikel auch nur einigermaßen vollständig die so wenig erquickliche sächsische Krise zu schildern, und auch auf die Vorgeschichte dieses Kampfes kann hier nicht eingegangen werden. Es kann sich nur darum handeln, einen kurzen Ueberblick über den Verlauf der Krise zu geben. Zu Beginn des Jahres 1924 ging die Mehrheit der Fraktion, nachdem die von den Demokraten unterstützte rein sozialistische Regierung Fellisch gefallen war, gegen den Willen der Parteiinstanzen eine Koalition mit den Demokraten und der Deutschen Volkspartei ein, obgleich ein Beschluß vorlag, daß eine Koalition mit bürgerlichen Parteien nur nach Zustimmung eines Parteitages abgeschlossen werden sollte. Der Abschluß der Koalition erfolgte zwei Tage vor einem Landesparteitag. Die Mehrheit der Fraktion begründete ihr Vorgehen mit der Behauptung, daß ohne den Abschluß der Koalition die bürgerlichen Parteien den Landtag mit Hilfe der Kommunisten aufgelöst und den Parteitag vor eine vollendete Tatsache gestellt hätten. Obgleich der Landesparteitag sich gegen die Koalition wandte, glaubte die Mehrheit der Fraktion, die dabei die Zustimmung des Parteivorstandes fand, an der Koalition festhalten zu müssen.

Die Mehrheit der Fraktion stand nun vor einer sehr schweren Aufgabe. Es galt für sie, die Partei nachträglich für die Politik zu gewinnen die gegen den Willen der Parteiorganisationen begonnen war. Eine Aufgabe, die um so schwerer war, als die Parteipresse von vornherein im Gegensatz zur Landtagsmehrheit und zu der aus 4 Sozialdemokraten und 3 Bürgerlichen bestehenden Regierung stand. In vielen Dingen ist zweifellos den Genossen von der Mehrheit und der Regierung Unrecht getan worden. Man hat bei der Kritik ihrer Politik die Schwierigkeiten nicht berücksichtigt, die nun einmal mit einer Koalitionsregierung verbunden sind. Verschärft wurde die Lage dadurch, daß die Koalitionsregierung den Beamtenabbau durchführen mußte. Daß man von bürgerlicher Seite die Gelegenheit zu dem Versuch benutzte, unbequeme sozialdemokratische oder republikanische Beamte loszuwerden, ist begreiflich. Man durfte aber auch von der Regierung nicht verlangen, daß sie in einer Zeit, wo 15 % der Beamten abgebaut werden mußten, alle Parteigenossen vor dem Schicksal des Abbaues schützte. Es ist schwer zu sagen, ob in manchen Einzelfällen der Abbau von Parteigenossen, der jedes Mal Anlaß zu scharfen Angriffen gegen den Ministergenossen gab, hätte verhindert werden können. Falsch war es jedenfalls, wenn es zuweilen so dargestellt wurde, als ob so ziemlich alle sozialdemokratischen Beamten in einflußreichen Stellungen beseitigt worden wären. Auch heute noch befinden sich eine Anzahl Parteigenossen unangefochten in wichtigen Aemtern.

Aber leider waren die Genossen der Fraktionsmehrheit und besonders die sozialistischen Minister der Aufgabe, vor die sie gestellt waren, nur sehr wenig gewachsen. Durch die, wie zugegeben werden mag, in manchen Fällen ungerechten Angriffe ließen sie sich in eine Erbitterung hineintreiben, von der sie sich bei ihrem Handeln nur allzu sehr leiten ließen, und Haß und Erbitterung sind schlechte Berater. Anstatt jede Gelegenheit zu benutzen, um die gerissenen Fäden zu den Parteiorganisationen wieder anzuknüpfen, erschienen Regierung und Fraktionsmehrheit wiederholt nicht in den Sitzungen der Landesinstanzen, zu denen sie geladen waren. Die journalistische Abwehr der Regierung war denkbar ungeschickt. Die Regierung begnügte sich nicht mit einer sachlichen Antwort auf die gegen sie gerichteten Angriffe und mit einer Klarstellung des Tatbestandes. In den offiziellen Verlautbarungen der Regierung wurden absprechende Urteile über die Politik der reinsozialistischen Regierung Zeigner-Liebmann abgegeben, von der sogar einmal gesagt wurde, daß sie eine „Politik auf Abbruch“ getrieben habe. Eine ungeheure Taktlosigkeit. Mochte die Regierung über ihre Vorgängerin denken, wie sie wollte, unter keinen Umständen durfte eine Regierung, an deren Spitze ein sozialistischer Ministerpräsident steht, ohne zwingenden Grund eine frühere, aus Parteigenossen bestehende Regierung in dieser Weise in der Oeffentlichkeit herabsetzen. Die Regierung hätte sich doch sagen müssen, daß sie mit solchen Methoden die Parteigenossen nicht für sich gewinnen konnte.

Auf dem Parteitag in Berlin kam es zwar zu einer Einigung zwischen den streitenden Gruppen, die aber nicht lange vorhielt; weitere Abbaufälle gaben Anlaß zu neuen Angriffen gegen die Regierung. Nun begingen die Genossen von der Regierung einen verhängnisvollen Fehler: Um ihre Abbaumaßnahmen zu rechtfertigen, ließen sie eine Broschüre erscheinen, in der sie die abgebauten parteigenössischen Beamten in aller Oeffentlichkeit bloßstellten. War das schon schlimm genug, so noch mehr, daß die in der Broschüre gemachten Angaben sich nicht einmal als hieb- und stichfest erwiesen. Die Broschüre rief große Erbitterung hervor und bestärkte einen großen Teil der Parteigenossenschaft in dem Verlangen, den Dingen durch eine Landtagsauflösung ein Ende zu machen. Nachdem vorher durch eine Verhandlung unter Leitung des Genossen Heilmann festgelgt worden war, daß ein Teil der Genossen von der Mehrheit wieder aufgestellt werden sollte, beschloß im Oktober ein Landesparteitag in Leipzig, daß der Landtag aufgelöst und die Landtagswahlen mit den Reichstagswahlen vom 7. Dezember zusammengelegt werden sollten. Die Mehrheit der Fraktion glaubte aber annehmen zu können, daß die Vereinbarungen über die Kandidatenaufstellung nicht gehalten werden würden und führte deshalb den Beschluß auf Landtagsauflösung nicht durch. Der Parteivorstand hatte dabei eine wenig glückliche Hand. Er hätte das Recht gehabt, den Leipziger Beschluß zu suspendieren. Das tat er nicht, sondern er empfahl den Genossen von der Mehreit, nicht eher aufzulösen, bis die Einhaltung der Abmachungen über die Kandidatenaufstellung gesichert sei, und auf diesen Beschluß beriefen sich dann die Genossen von der Mehrheit. Es folgte nun die Abberufung der Mitglieder der Fraktionsmehrheit durch den Bezirksvorstand, und als diese der Aufforderung zur Mandatsniederlegung nicht Folge leisteten, wurden die Genossen von den Bezirksvorständen aus der Partei ausgeschlossen.

Zweifellos war es ein Fehler, daß man in Sachsen die Fraktion so stark an Parteitagsbeschlüsse gebunden hatte. Es lag im Interesse der Partei, daß zu Beginn des Jahres 1924 eine Landtagsauflösung vermieden wurde. Eine Wahl in dieser Zeit wäre für die Partei sehr ungünstig ausgefallen, und die Genossen von der Mehrheit konnten damals darauf hoffen, daß es ihnen nachträglich gelingen würde, die Genossen im Lande von der Richtigkeit ihres Verhaltens zu überzeugen. Aber dem Leipziger Beschluß hätten sich die Genossen fügen müssen. Auf die Dauer darf eine Fraktion auch eine richtige Politik nicht durchführen, wenn sie dabei auf einen so starken Widerstand bei der Mehrheit der Parteiorganisationen im Lande stößt.

Vielleicht wäre auch nach dem „Disziplinbruch“ vom Herbst vorigen Jahres noch manches zu retten gewesen, wenn Regierung und Landtagsmehrheit es verstanden hätten, Maßnahmen zu vermeiden, die von den Parteigenossen als Herausforderung empfunden wurden. Aber die sozialistischen Mitglieder der Regierung und die Fraktionsmehrheit haben offenbar das Gefühl dafür verloren, was sie der Partei noch bieten dürfen. Nur einige wenige Beispiele: Einer der Wortführer der Linken, Genosse Edel, war als Redakteur mit Beamtencharakter an der Sächsischen Staatszeitung angestellt. Hätte man ihn mit der Begründung aus seinem Amte entfernt, daß er als Gegner der Regierung nicht die Politik der Regierung vertreten könne, so könnte man vielleicht nichts dagegen sagen. Aber nein, man suchte erst nach Gründen zu einem Disziplinarverfahren, und als das nicht ging, wurde dem Genossen in brüsker Weise die Kündigung zugeschickt, angeblich, um seine Stelle einzusparen. Nachträglich suchte man diese Maßnahme in einer offiziellen Verlautbarung damit zu begründen, daß Edel durch seine politische Tätigkeit zu stark in Anspruch genommen sei. Dabei hatte Edel als Beamter das Recht darauf, zur Ausübung seiner parlamentarischen Tätigkeit beurlaubt zu werden. In letzter Zeit ist in ähnlicher Weise der Genosse Polizeioberst Schützinger hinausgeworfen worden, ein Mann, der durchaus nicht der Linken der Partei angehört, und zur Begründung dieser Maßnahme wurde angeführt, daß das von dem deutschnationalen Minister Schiele geleitete Reichsministerium des Innern zum Ausdruck gebracht hätte, ein Artikel Schützingers in der Welt am Montag grenze an Landesverrat.

Eine weitere Verschärfung der Gegensätze brachte die Einbringung einer Novelle zur Aenderung der Gemeindeordnung, die unter der Regierung Zeigner-Liebmann im Sommer 1923 zustande gebracht worden war. Diese Novelle stieß auf den fast einmütigen Widerstand der Parteigenossen im Lande, weil sie die Macht der kommunalen und staatlichen Bureaukratie auf Kosten der gewählten Gemeindevertreter vermehrte. So wird zum Beispiel bestimmt, daß dort, wo der Gemeinderat (der etwa dem Magistrat in preußischen Städten entspricht) kollegial zusammengesetzt ist, zum Haushaltsplan und zu Ortsgesetzen die Zustimmung des Gemeinderates nötig sein soll, während bisher die Gemeindeverordneten allein zu entscheiden hatten und nur in ganz besonderen Fällen der Gemeinderat ein Einspruchsrecht hatte. Das bedeutet eine Abkehr von dem Ein-Kammer-System, das von der Sozialdemokratie stets gefordert wurde. Trotz des Widerspruches der Parteigenossen im Lande und trotzdem auch der Parteivorstand sich gegen die Vorlage aussprach, hielten die Genossen von der Mehrheit an der Absicht fest, die Vorlage noch vor Pfingsten durchzusetzen. Nach einer 23stündigen Dauersitzung, in der die Linke der Fraktion, unterstützt von den Kommunisten, Obstruktion trieb, wurde die Vorlage in zweiter Lesung angenommen und schließlich auch am heutigen Freitag mit 67 gegen 23 Stimmen endgültig auch in dritter Lesung.

Koalitionspolitik ist Kompromißpolitik. Wenn bei der Beratung der Novelle den bürgerlichen Koalitionsparteien hier und da ein Zugeständnis gemacht worden wäre, so könnte man das allenfalls noch begreifen, aber daß die Vorlage, die, gemessen an unsern programmatischen Forderungen, einen Rückschritt darstellt, von einem in seiner Mehrheit sozialdemokratischen Kabinett eingebracht und von der Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion mit großer Energie verteidigt wurde, das läßt sich unter keinen Umständen rechtfertigen. Durch die Annahme der Vorlage wird wahrscheinlich jede Möglichkeit einer Verständigung verbaut, es sei denn, daß die Genossen von der Mehrheit der Fraktion sich bereiterklären, den Landtag aufzulösen, wobei sie natürlich nicht mehr erwarten können, daß die Parteiorganisationen irgendwelche Bindungen wegen ihrer Wiederaufstellung eingehen. Aber selbst wenn der Parteivorstand sich für die Landtagsauflösung aussprechen sollte, würden wahrscheinlich jetzt die 23 Abgeordneten der Fraktionsmehrheit diesen Rat nicht befolgen. So ist zu befürchten, daß das Trauerspiel fortdauert, bis im Herbst 1926 der Landtag sein natürliches Ende findet.

Daß der Streit die Parteiorganisationen schwer hemmt, braucht kaum erst gesagt zu werden. Zwar hat die Partei sich bei den letzten Wahlen gut geschlagen. Die Anzahl der sozialistischen Stimmen an der Gesamtzahl der Stimmen hat seit der Wahl vom 4. Mai wieder zugenommen, aber immer noch haben im roten Sachsen, das schon vor dem Kriege eine sozialdemokratische Mehrheit hatte, die bürgerlichen Parteien die Mehrheit der Wähler hinter sich. Es ist schwer zu sagen, wie weit diese Erscheinung auf die Wirkungen des Parteistreites zurückzuführen ist. Dringend zu wünschen bleibt es, daß recht bald die sächsische Dauerkrise beendet wird, damit die sächsische Partei ungehemmt durch innere Zwistigkeiten ihre ganze Kraft dem Kampf gegen die Feinde des Proletariats widmen kann.

Einigung über Marokko.

Die Sozialisten zwingen der Kammer ihren Willen auf.

Vertrauensvotum für Painlevé mit 537 gegen 29 Stimmen.

SPD. Paris, 29. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Die kritische Zuspitzung der innerpolitischen Lage in Frankreich, die die Kammerrede Painlevés ausgelöst hatte, hat in Besprechungen, die im Freitag vormittag die verschiedenen Gruppen des Linkskartells zunächst unter sich und dann mit der Regierung gehabt haben, eine Beilegung erfahren. Das Ministerium hat sich mit einer von der sozialistischen Fraktion vorgeschlagenen **wesentlich schärferen Fassung des Vertrauensvotums einverstanden erklärt**, dessen Annahme durch Regierung und Parlament jedem Versuch, die Geschehnisse in Marokko zu einem kolonialen Abenteuer auszudehnen, endgültig einen Riegel vorschiebt.

Dieses Vertrauensvotum hat folgenden Wortlaut:

„Die Kammer, getreu der Politik des Friedens, zu der sich das Land mit so starkem Nachdruck am 11. Mai 1924 bekannt hat, und für die es sich erneut am 3. und 13. Mai 1925 entschieden hat, ist entschlossen, die Sicherheit der Truppen sowie der Gebiete und der Bevölkerung, die die internationalen Verträge unter französisches Protektorat gestellt haben, zu gewährleisten, erklärt sich aber mit der gleichen Entschiedenheit im Namen der Menschheitsrechte und des nationalen Interesses gegen jeden Imperialismus sowie gegen jede Politik der Eroberungen und Abenteuer. Sie billigt die Erklärungen der Regierung und vertraut dieser, daß, sobald die Vorbedingungen erfüllt sind, der Frieden in Marokko herbeigeführt wird.“

In der Unterredung, die die Delegierten des Kartells am Freitag mittag mit Painlevé und Briand hatten, haben diese verlangt, daß die gegen die Rechte gerichteten Anspielungen, auf das Ergebnis der letzten Wahlen gestrichen werden, mit der ausdrücklichen Begründung, daß die Regierung in einer Frage von nationalem Interesse Wert darauf lege, die Zustimmung möglichst aller Gruppen des Parlaments zu haben. Die Sozialisten lehnten dieses Verlangen jedoch entschieden ab. Die Regierung hat daraufhin die sozialistische Fassung des Vertrauensvotums ohne Aenderung angenommen. Sie hat sodann vertrauliche Mitteilungen über den Stand der spanisch-französischen Verhandlungen gemacht, mit denen auch die sozialistische Fraktion sich befriedigt erklärt hat.

Die Krise, mit deren Möglichkeit man am Donnerstag abend hatte rechnen müssen, ist damit nicht zum Ausbruch gekommen. Doch herrscht der Eindruck vor, daß es sich nicht so sehr um eine Beilegung, als vielmehr um eine Vertagung des Konfliktes handelt.

Die Freitagsitzung der Kammer bot an sich wenig Bemerkenswertes. Der Versuch des Kommunisten Cachin, Jaurès gegen die sozialistische Fraktion auszuspielen, wurde vom Genossen Renaudel glänzend widerlegt. Nach der Rede Briands, die den schlechten Eindruck der Ausführungen Painlevés stark abmilderte,

wurde die von den Sozialisten vorgeschlagene und von den vier Gruppen des Kartells gemeinsam eingebrachte Fassung des Vertrauensvotums mit 537 gegen 29 Stimmen angenommen.

Deutschland erfüllt.

Feststellung der Repko.

WTB. Paris, 29. Mai. Die Reparationskommission hielt heute vormittag ihre übliche Monatssitzung ab. Auf der Tagesordnung stand insbesondere die Beantwortung des Schreibens der Botschafterkommission vom 27. Mai, in dem diese die Reparationskommission befragt, ob Deutschland bis zu diesem Tage seine Reparationsverpflichtungen, wie sie gegenwärtig festgesetzt sind, getreulich erfüllt habe. Die Reparationskommission bejahte diese Frage.

Der geschwätzige Außenminister.

Was er angerichtet hat. — Eine halbe Million Dollar Schaden.

SPD. Wien, 30. Mai. (Rundfunk.)

Die Arbeiter-Zeitung nennt am Freitag die Firmen, bei denen russische Aufträge zurückgezogen worden sind, bis der Außenminister Dr. Mataja Rußland Genugtuung für seine Angriffe gegeben hat. Es handelt sich um Aufträge im Werte von 400 000 bis 500 000 Dollar.

Deutschnationaler Ehrenkampf.

Den Abgeordneten Best hatte die deutschnationale Reichstagsfraktion zur Mandatsniederlegung aufgefordert, weil er die Aufwertungszusagen für Ernst genommen hatte. Best kam der Aufforderung nicht nach, und ein Ehrengericht, an dem der Deutschnationale Steiniger teilnahm, hat ihm bestätigt, daß er durchaus ehrenhaft gehandelt hat. Nach einer Mitteilung des Vorwärts hat nunmehr die deutschnationale Reichstagsfraktion ein Ehrengericht einberufen, das über Steiniger urteilen soll.

Wie wäre es mit einer Forderung auf Pistolen? Das „Gottesurteil“ anzurufen, muß jedenfalls den Deutschnationalen naheliegen, an sicheren Schützen fehlt es ihnen nicht.

Tschangtsolin in Tientsin. Das Reuterbureau meldet aus Peking: Marschall Tschangtsolin ist aus Mukden nach Peking abgereist. Als Zweck seines Aufenthaltes in Tientsin wird eine offiziöse Erörterung mit dem Haupt der vollziehenden Gewalt angegeben. Allgemein glaubt man, daß seine Reise zu Aenderungen in der Regierung und zu einer Verstärkung der Anhänger Tschangtsolins führen wird.

Tscheka-Mord? Am 5. Juni haben sich vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig der Kommunist Winkel aus Mecklenburg und drei weitere Kommunisten zu verantworten wegen der Ermordung des früheren kommunistischen Funktionärs und angeblichen Polizeispitzels Jonas.

Die kritischen Beschlüsse des Londoner Kabinetts.

Wir brachten gestern eine Meldung der Vossischen Zeitung aus London, die in scharfen Formulierungen außerordentlich ernste Beschlüsse des Londoner Kabinetts mitteilte. Wir hatten nicht verfehlt, demgegenüber eine beruhigende Pariser Meldung zu bringen, die von einer bevorstehenden Einigung zwischen London und Paris sprach. Außerdem hatten mehrere deutsche Zeitungen Nachrichten aus London und Paris, die statt von einer Verschärfung von einer Entspannung der Lage berichteten. Diese Widersprüche klären sich jetzt durch eine von Reuter ausgegebene amtliche englische Mitteilung, die zwar ebenfalls im Ton sehr ruhig, ja geradezu optimistisch, **in der Sache eine außerordentlich ernste Entschlossenheit** kundgibt. Nach der Reuter-Meldung zu schließen, beabsichtigt England geradezu ein Diktat gegenüber Paris. Sie spricht von völliger Meinungseinheit im britischen Kabinett und von **dem festen Willen, den englischen Standpunkt unter allen Umständen aufrechtzuerhalten.** Vor allem wird noch einmal der englische Entschluß festgestellt, jeden „weitläufigen oder unbegrenzten Plan“ abzulehnen.

Der Sache nach kommt diese Willenskundgebung des englischen Kabinetts dem dramatischen Bericht der Vossischen Zeitung durchaus nahe. Zudem wird der Bericht der Vossischen Zeitung durch Auslassungen des Manchester Guardian und des Daily Telegraph bestätigt. Es kann nicht bezweifelt werden, daß die andauernd umlaufenden Gerüchte von einer Neuorientierung der britischen Politik im Sinne einer noch stärkeren Bindung an Amerika und eine Abwendung vom Kontinent weiterhin große Wahrscheinlichkeit behalten. Ob Paris sich dem verhüllten Londoner Diktat angesichts der Marokkoschwierigkeiten fügen wird, bleibt immerhin noch abzuwarten. Wir bleiben dabei, daß Briand die von uns bereits diese Woche angekündigte **Kombination mit Moskau** sehr wohl zustande bringen und damit den englischen Forderungen ein Paroli bieten kann. Wenn Briand sich innerpolitisch stark genug fühlt, dürfte eine solche **für Deutschland außerordentlich gefährliche Wendung** in der französisch-russischen Politik im Bereich der Möglichkeit liegen. Deutschland hat allen Anlaß zu prüfen, ob die starke Bindung seines außenpolitischen Kurses an die Londoner Politik nicht zu ganz gefährlichen Konsequenzen führt.

*

Weitere Verhandlungen zwischen London und Paris.

SPD. Paris, 30. Mai. (Rundfunk.)

Der englische Botschafter in Paris hat am Freitag dem französischen Außenminister Briand eine Note überreicht, die die Bemerkungen der englischen Regierung zu dem ihr mitgeteilten Entwurf der französischen Antwort auf das deutsche Garantieangebot enthält. Die Note gibt die in dem jüngsten Londoner Kabinettsrat gefaßten Beschlüsse wieder. Die Morgenblätter teilen darüber mit, daß die von Frankreich entwickelten Gedankengänge in zahlreichen Punkten die Zustimmung des englischen Kabinetts gefunden haben und daß dieses sich insbesondere die französische Auffassung zu eigen gemacht habe, daß der Garantiepakt unter keinen Umständen zu einem Hindernis für Frankreich werden würde, gegebenenfalls seinen polnischen und tschechoslowakischen Verbündeten zu Hilfe zu kommen. **Dagegen lehne England jede Garantie für die Ostgrenze ab.** Trotzdem scheinen die vom englischen Kabinett gefaßten Beschlüsse die Fortsetzung der eingeleiteten Verhandlungen zu ermöglichen. Das französische Außenministerium werde die englische Note eingehend prüfen und darauf mit einer neuen Darlegung des französischen Standpunktes antworten, da die Reise Chamberlains zum Völkerbundsrat in Genf schon in der nächsten Woche Gelegenheit zu einer direkten Aussprache mit Briand geben werde. Entweder in Paris oder in Genf sei mit einer raschen Einigung zu rechnen, so daß die französische Antwort spätestens in der zweiten Juniwoche überreicht werden könne.

Internationale Arbeitskonferenz.

SPD. Genf, 29. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

In der Freitagsitzung der Internationalen Arbeitskonferenz forderte Serraarens-Holland im Namen der christlichen Gewerkschaften die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. Ebenso verlangte er, daß den christlichen Gewerkschaften im Verwaltungsrat des Arbeitsamtes ein Sitz eingeräumt wird. Die Arbeitergruppe der Konferenz wird nächste Woche die Kandidatenliste für die Neuwahl des Verwaltungsrats aufstellen. Serraarens wird bei dieser Gelegenheit wieder für die Forderung der christlichen Gewerkschaften eintreten; doch besteht keine Aussicht, daß in der Zusammensetzung des Verwaltungsrats eine Aenderung eintritt, dessen sechs Arbeitervertreter sämtlich der Amsterdamer Internationale angehören, ebenso die fünf Stellvertreter; nur der sechste Stellvertreter Joshi-Indien ist Mitglied einer „nationalen“ Organisation.

Ein polnischer Minister über die polnische Politik.

Vernichtende Anklagen gegen das Polen von heute.

Der Stellvertreter des Ministerpräsidenten Thugut hat nach langen Verhandlungen seine Demission gegeben und dabei in einer öffentlichen Erklärung die schärfsten Vorwürfe gegen die Regierung Grabski geäußert. Er sagte unter anderm: „**Obwohl ich in der Minderheitsfrage nicht anspruchsvoll gewesen bin, ist es mir nicht gelungen, auch nur die bescheidensten Forderungen durchzubringen. Ich habe nur verlangt, daß die bestehenden Gesetze durchgeführt und die Verfassungsbestimmungen geachtet werden. Die Zustände in den Gefängnissen sind verschlechtert. Viele der niederen Beamten des Innenministeriums zeigen eine beispiellose Verachtung für die Gesetze. In der Verwaltung ist ein System der Provokationen, des Verschleierns, des Mißbrauchs und der Willkür eingerissen.**“

Diese Erklärungen haben auf der Linken ungeheuren Eindruck gemacht. Die Rechte beanstandet aufs schärfste die „verräterischen“ Ausführungen des Exministers.

Der ehemalige thüringische Ministerpräsident Hermann ist bekanntlich in beiden Berufungsverfahren von der Strafkammer freigesprochen worden. Der Staatsanwaltschaft genügen jedoch diese Niederlagen nicht, sie hat beim Reichsgericht Revision angemeldet.

Ein stiller Helfer.

Roman von Ottomar Enking.

[26]

Camilla konnte ihr Schmerzenslager verlassen, und anstatt sich, wie es die alte Frau Lüttjohann dachte, alsbald wieder hinzulegen, nahm ihre Blüte einen nie zu ahnenden Aufschwung! Es war, als sei das Todesgift im eigenen Feuer verbrannt und seine Schlacke von dem jugendlichen Körper ein für allemal ausgeschieden worden.

Doktor Metger wunderte sich erst, horchte und prüfte — wartete lange und gab zuletzt — obschon es ihm für seine Wissenschaft, die sich in diesem Fall als nicht stichhaltig erwiesen hatte, fast leid tat — das Urteil ab:

„Die junge Frau kann noch so alt werden, als wenn sie vor Noahs Zeiten gelebt hätte.“

„So!“ sagte die Sanitätsrätin kurz und machte bei der ihr unversehens kommenden, an und für sich ja nur guten Nachricht ein etwas sonderbares Gesicht, wie wenn sie trotz ihrer aufrichtigen Christlichkeit keine ganz ungetrübte Freude im Herzen empfände.

„Ja, dann also . . . nicht wahr, lieber Doktor? Wie der allmächtige Gott es will. Wir stehen alle in seiner Hand.“

Der Arzt antwortete mit geflissentlicher Untertänigkeit:

„Selbstverständlich, meine liebe Frau Sanitätsrätin.“

Aber dann konnte er es doch nicht lassen, hinzuzufügen: „Und außerdem möchte ich empfehlen, daß unsere junge Frau täglich zwei kleine Spitzgläser guten alten Rotwein trinkt. So zum Frühstück und gegen Abend, nicht wahr?“

*

Nie hatte Arf seine Camilla so lieb gehabt wie in diesen Tagen, wo sie mit dunkelroten, heißen Lippen, umflorten Blicken, mit dem leisen Fieberstöhnen und doch auch mit einem Lächeln kindlicher Ergebenheit dalag — wo Gott sich anschickte, diese Hülle, die ihm am Ende für die eigene Weitererkenntnis nicht mehr tauglich schien, aufzulösen, um eine neue, bessere Form daraus zu bilden.

Arfs Gabe, das Leid derer, die er liebte, mitzuerleben, hatte sich frei entfalten können. Er fühlte Camillas Schmerzen so deutlich, daß seine Pulse stärker klopften und seine Träume an Wildheit und Wirrheit Fieberphantasien glichen.

Wenn er alles tat, um Camilla so schnell als möglich die Gesundheit wiederzugeben, so widersprach er sich ja eigentlich selbst, denn der Gesunden konnte er doch lange nicht so viel Mitleid erweisen wie der Kranken. Aber einerlei: als Camilla aufstand, erfüllte ihn die größte Freude seines Lebens. Er hatte etwas vollbracht, hatte zu seinem Teile, nach seiner Pflicht daran gewirkt, eine Menschenwelt vor allzu frühem Untergange zu bewahren!

Camillas Besitz erschien ihm jetzt wertvoller und köstlicher als vordem, und beim Zurückdenken an die erste mit ihr verbrachte Zeit beschlich ihn eine Beschämung: wie tief war er doch in der Sinnenhaftigkeit befangen gewesen! Und sollte er nun etwa um sein Weib gerungen haben, damit das Tändeln, mochte es noch so süß und verlockend sein, abermals begann? War in solchem Spiel der Liebe ein Vervollkommnen denkbar? Hieß es nicht Camilla herabwürdigen, wenn er sich ihr zu Füßen von einem erneuten Rausche der Wonne durchströmen ließ?

Wohl! Camillas Krankheit sollte ihm eine heilige Mahnung sein, daß er sich nicht mehr im Irdischen verlor. Sich den eigenen Trieben zu versagen, wenn es auch schmerzte — ja, weil es schmerzte — das war es, was er sich selbst, was sich Gott in seiner Brust gebieten mußte!

Während aber Arf von einer Durchgeistigung seiner Ehe träumte, ging in seiner Frau eine Aenderung vor sich, die gerade auf das Gegenteil hinsteuerte. Die genesene Frau Doktor Lüttjohann, die von einer ungekannten Daseinssicherheit getragen wurde — sie war ja freilich dieselbe wie die ihres Zustandes nie gewisse Camilla Pekrun, dieselbe wie die hinter dem Rankengewirre des Gartenhauses überschwenglich Geliebte, dieselbe sogar wie die fast mit Verklärung übergossene Kranke. Aber es kamen nun auch andere Eigenschaften bei ihr zum Vorschein, die Arf und sogar seine immer mißtrauische Mutter noch nie an ihr wahrgenommen hatten.

Camilla erhielt einen Betrag, worüber sie nach Gutdünken verfügen durfte. Arf wollte sie so selbständig stellen, obschon seine Mutter ihn gewarnt hatte — er wollte nicht, daß seine Frau genötigt sei, ihn erst um alles, was sie sich wünschte oder wessen sie bedurfte, zu fragen oder wohl gar zu bitten. Doch jetzt kamen trotz jenes ihr reichlich zugemessenen Geldes Rechnungen über Putzsachen und Näschereien. Diese Papiere die man sonst im Lüttjohann-Hause, wo jegliches Stück bar bezahlt wurde, nicht kannte, waren der Sanitätsrätin durch die Hände gegangen, bevor sie an Arf gelangten. Es konnte daher nicht ausbleiben, daß Mutter Sohn darüber sprachen. Arf, so überrascht und stutzig er war, mochte nicht gleich bei Camilla nach dem Zusammenhange forschen — ihre Freiheit sollte ihr ja nicht im entferntesten angetastet werden! — die Sanitätsrätin jedoch, minder feinfühlig, nahm sich die Schwiegertochter vor.

Camilla blieb seelenruhig und war nur schier darüber verwundert, daß man sich überhaupt wegen solcher Blätter aufregen konnte. Die steckte man doch einfach in den Ofen — damit war dann wenigstens für einige Zeit alles gut. Sie erklärte ohne Umschweife:

„Ich hatte für mich nichts mehr. Ich mußte meinem Bruder so viel schicken.“

„Den unterstützt doch Dein Mann genug.“

„Ja, aber Erich kommt nie aus.“

„So soll er sich besser einrichten.“

„Ach, er ist so unpraktisch!“ sagte die junge Frau bedauernd, als sähe sie von einer Höhe der gesetztesten Lebensführung auf den armen Menschen herab, der sich gar nicht mit seinen Mitteln zu behelfen verstand. „Und mein Vater bat mich auch mehrmals.“

„Für den sorgt Arf weiß Gott nicht weniger!“

(Fortsetzung folgt.)